

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitgliedern kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Herausgegeben vom Zentralvorstand.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Benloewwall 9. Fernsprechanruf Ruf-Nr. 2 8538. — Redaktionsschluss Montags Mittag vor dem Erscheinungstag. — Inseratennahme nur durch Otto Kleine, Berlin SW. 47, Wödringstr. 67.

II. Jahrgang.

Köln, den 24. Januar 1914.

Nummer 2.

An die Verbindungen der christlich-nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten Deutschlands!

Gu stolzer Freude schauen wir auf die Kongreßtage in Berlin zurück. Die dritte deutsche Arbeiter-Kongreß hat allen Erwartungen voll entsprochen, die wir auf ihn gesetzt haben. „Eine der eindrucksvollsten und gehaltreichsten Arbeitertagungen der letzten Jahre“, „eine einbringliche und herzerquickende Kundgebung“, so spricht die Presse von unserem Kongreß. Und wir sagen: er war

die bedeutendste Tagung, welche die christlich-nationale Arbeiter- und Angestellten-Bewegung Deutschlands je veranstaltet hat.

Auf keiner bisherigen Tagung war eine solche hohe Zahl nationaler Arbeiter und Angestellter vertreten, keiner der bisherigen Kongresse wuchs unter der Bedeutung und der Zeitumstände zu solcher Bedeutung und Größe, wie unser Berliner Kongreß. Keinem war eine solche hohe Mission zugesallen.

Er sprach zu einer Zeit, da die Reaktion von neuem den Kopf erhob, da alles, was unsozial denkt, sich sammelt, ja, sich schon stark genug fühlt, der sozialpolitischen Ueberlieferung des deutschen Reiches Einhalt zu gebieten. Diese drohende Gefahr in der inneren Politik erforderte eine eindrucksvolle Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestellten-Bewegung Deutschlands. Der dritte deutsche Arbeiter-Kongreß hat sie gebracht.

Wir haben den sozialpolitischen Ernst der Stunde erkannt und unsere Verhandlungen sind ihm in allen Punkten gerecht geworden. Wir wollen nicht, daß gerüttelt wird an unseren sozialen Errungenschaften. Wir brauchen keine neuen Gesetze zum „Schutze der Arbeitswilligen und gegen die soziale Bewegung“. Die bestehenden Gesetze reichen aus, um Entartungen und Mißbräuchen zu begegnen. Ja, es gilt sogar, bestehende gesetzliche Bestimmungen zu verbessern, da sie sich bisher zu einem Hemmnis und zu einer Ungerechtigkeit gegenüber unseren Standesbestrebungen ausgewachsen haben. Wir haben für Scharfmacherwünsche teurerlei Verständnis und wir verwerfen sie. Das haben wir auf dem Kongreß feierlichst erklärt. Und auch das andere: daß die Sozialpolitik nicht ruhen darf, daß sie vielmehr fortgeführt werden muß. Der Beifall der Freunde sozialer Reform, wie die bittere Schmähung aus der anderen Seite haben bewiesen, daß wir verstanden worden sind.

Aber nicht in der bloßen Abwehr sozial-rückwärtlicher Bestrebungen hat unser Kongreß seine Stärke gezeigt; was ihm selbst von unseren Feinden nachgerühmt werden muß, ist die sachverständige Durchleuchtung schwierigster sozialer Tagesfragen. Man nehme die Frage der Lebensmittelförderung, die Wohnungsfrage, die Frage der Arbeitslosenfürsorge, — noch nie hat bislang eine Arbeitertagung die Probleme in so strenger Sachlichkeit und darum für Öffentlichkeit und Regierung so anregend und wegweisend besprochen, wie es auf unserem Berliner Kongreß geschah. Darin hat er die Scharfmacher von rechts wie von links tief beschämt. Wo immer in den nächsten Jahren die Erörterung über die genannten Fragen anheben mag, an den Verhandlungen des Berliner Kongresses und an seinen Beschlüssen wird man nicht vorbeigehen können.

So ist unser Kongreß Warner und Wegweiser zugleich geworden. Nun aber gilt, den Inhalt dieser fruchtbringenden Tage zum geistigen Eigentum unserer Mitgliedschaften zu machen. Die Kongreßverhandlungen

haben nicht nur der breiten Öffentlichkeit etwas sagen wollen. Unsere Mitglieder müssen von dem Geist, der die Tagung beherricht hat, vollständig durchdrungen werden. Die Kenntnis dessen, was wir wollen, das innere Verstehen unserer letzten Ziele und stolzes Vertrauen auf unsere Bemühung und deren Zukunft muß sie erfüllen. Und durch sie, die Massen der christlich-nationalen Angestellten und Arbeiter sollen unsere Anregungen sich in soziale Tat umsetzen. Die öffentliche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine unausgesetzte Beeinflussung. Lebensmittelförderung, Mißstände im Wohnungswesen und Arbeitslosenfürsorge stellen uns eine Fülle von Einzelaufgaben, deren Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere Organisationen angeregt und in Fluß gehalten werden muß. Darum ergeht unser

Aufruf zur Arbeit an alle, die innerlich zu uns stehen!

Mit unserer entschiedenen Willenserklärung auf dem Kongreß haben wir die Gefahr sozialer Verflüchtung noch nicht gebannt. Soll sie vollends wirkungslos gemacht werden, dann heißt es Massen aufrütteln und Massen sammeln. Nur eine starke christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann eine dauernde Bürgschaft für die geistliche Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse sein.

Die radikale Bewegung in der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, kann nie und nimmer diese Bürgschaft sein. Sie ist eine nationale und eine Volksgefahr. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung anerkennt die Werte, die im christlichen Kulturgedanken liegen und will sie nutzen für den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft. Unsere Bewegung ist national, weil wir uns als Einzelne wie als Bewegung verwachsen fühlen mit Land und Volk. Aber als vollwertiger Teil dieses Gesamtvolkes wollen wir erkannt und anerkannt sein. Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung will, daß kein praktischer Teil dieses deutschen Arbeiter- und Angestelltenstandes, der wirtschaftlich und sozial, geistig und sittlich empor will, es nötig hat, Sozialdemokrat zu sein, ja, daß er es nicht sein darf wenn er zum Ziele kommen will. In diesen Grundfragen und der ihnen entsprechenden Wirksamkeit ruht unsere Stärke. So sind wir eine soziale und nationale Hoffnung unseres Volkes.

Unser Ziel können wir indes um so vollkommener erreichen, je stärker wir sind an Zahl, je umfassender unsere Organisationen, je mannigfaltiger unsere Arbeit. Darum heißt unsere Lösung für uns für:

Stärkt die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung!

Breitet sie aus in allen Landteilen und Bezirken. Kein Gebiet unseres deutschen Vaterlandes bleibe unbearbeitet. Je mehr Wirren und Müdigkeit in den Reihen des sozialdemokratischen Gegners um sich greifen, um so straffer sei der Zusammenhalt unserer Bewegung, um so fester unsere Zuversicht, und um so lebendiger das Bewußtsein für die hohe Aufgabe, die wir zu erfüllen haben:

für den deutschen Arbeiter- und Angestelltenstand und für das deutsche Volk!

Der Ausblick des deutschen Arbeiterkongresses.

Christlich-National.

Durchdrungene, keine oberflächliche Vaterlandsliebe und überzeugtes, lebendiges Christentum führen uns übereinstimmend dahin, daß wir die Grundlagen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung unter gewisse feste Ansätze legen stellen, die nicht den jeweiligen Schwankungen des Augenblicks unterliegen dürfen. Wenn jemand von einem Stande unseres Volkstümpers wahre Ueberzeugungstreue geübt und getätigt wurde, dann sind es jene Frauen und Männer, die heute der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angehören.

Diese Festigkeit und Treue in der Ueberzeugung, dieses Beharren auf dem für wahr Erkannten, diese zähe Ausdauer im steten Kampfe um christliche Weltanschauung und sittlicher Lebensauffassung, das ist es, was unserer Bewegung nicht nur den Namen gibt, sondern das festeste Fundament, an dem alle Wandlungen geschehen. Die Vergangenheit unserer Bewegung hat es bewiesen, daß der Name „Christlich-National“ für uns kein leerer Schall war, sondern das Ehrenbild, für dessen Reinheit wir auch in Zukunft zu kämpfen wissen werden. Dieses Fundament kennt keine Umschmelzung der Massen, es kennt kein Hin- und Herbewegen, sondern nur ein im steten Kampfe befindliches Vorwärtsschreiten, ein tropfenweises Sammeln

der idealen und sittlichen Kräfte unter Hintansetzung der eigenen Person.

Daraus ergibt sich, daß unsere Bewegung nicht lawinenartig emporschnellen konnte noch kann, weil das Programm jedes einzelne Mitglied eben ganz erschaffen muß. Nicht lose gemauerte Steine halten das Gebäude wacker, sondern es bedarf stets einer festgefügteten Zusammenfassung aller Bausteine, und das trifft eben für unsere Bewegung in vollem Maße zu. Die jüngsten Vorformnisse bekräftigen dies. Man denke nur an den für unsere Gegner so blamablen Ausfall des Kölner Gewerkschaftsprozesses. Selbst die schwersten Geschütze vermögen nicht, unser Fundament zu erschüttern. Die christliche Arbeiterschaft ist sich dessen bewußt, und wird noch mehr zur Stärkung ihrer Bewegung beitragen. Unablässig ist der Gegner bemüht, uns neue Schwierigkeiten zu bereiten, ja dazu geneigt, weil ihm der steigende Einfluß der christlichen Gewerkschaftsbewegung sehr unbehagen wird, ein Dorn im Auge ist. Eigentlich ist der rücksichtslose Kampf der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen unsere Bewegung ganz selbstverständlich, denn keine andere Bewegung fürchten sie so sehr, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung. Das möchten unsere Kollegen einsehen, und ihnen im neuen Jahre frischen Mut geben zur Agitation, zur weiteren Stärkung unseres Verbandes. Heraus aus der Gemütskräbe, zum fröhlichen Kampfe für unsere Ideale. R.

Rechenschaft geben

von ihrer Verwaltung soll jede Zahlstelle alljährlich im Monat Januar. Das hat zu geschehen in den durch das Statut vorgeschriebenen Generalversammlungen. An dieser Rechenschaftslegung teilzunehmen, ist jedes Mitglied verpflichtet. Wirkliche Gewerkschaftler aber begnügen sich damit nicht, sondern sie tun mehr. Sie wollen auf der Generalversammlung nicht nur lediglich zuhören, auch nicht den oberflächlichen Kritiker abgeben, der da redet, um zu reden, sondern sie wollen ernsthaft mitreden und mitarbeiten im Interesse der Organisation.

Bevor der wirkliche Gewerkschaftler zur Generalversammlung seiner Zahlstelle geht, legt er sich zunächst einmal selbst die Frage vor: „Habe ich im abgelaufenen Jahre dem Verbands gegenüber meine Pflicht erfüllt? Insbesondere sollte er sich folgende Fragen eingehend beantworten:

1. Sind meine Beiträge immer pünktlich bezahlt worden?
2. Wie sieht's in puncto Versammlungsbuch aus?
3. Bieviel Unorganisierte habe ich als Mitglied gewonnen?
4. Habe ich mich an der Hausagitation beteiligt?

Ferner sollte sich auch jedes Mitglied fragen, ob es zu seinem Teil an der Eindämmung der Fluktuation mitgewirkt, ob es insbesondere „laue“ und „schwebende“ aufgeführt, belehrt, gefestigt und so dem Verbande erhalten hat. Nicht nebensächlich ist auch die Beantwortung der Frage, ob man bei Kämpfen mit dem Gegner unsere Sache mit Mut und Geschick vertrat. Wieb dir aber bei solchen Gelegenheiten das Wort im Falle freies, dann ist es die höchste Zeit, diesen ausdauernden Menschenjucht herrührenden Feind so schnell wie möglich abzulegen. Bedenke: „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß“, und: „Der Kampf ist der Vater aller Dinge“.

Also eine ganze Menge toll und muß der wirkliche Gewerkschaftler, bevor er in die

Jahresgeneralversammlung

seiner Zahlstelle geht, kritisch betrachten und rückwärtsblickend, vorwärts schauen. Wohl dem, der diese Fragen mit einem positiven Ergebnis beantworten kann. Er bedarf keines weiteren Lobes, denn er trägt das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung im Herzen. Und das ist das höchste und beste Gefühl, was der Mensch haben kann. Wer seine gewerkschaftliche Pflicht erfüllt, wirkte mit an der Verwirklichung seiner Klasse als wirtschaftlicher Not und geistiger Abhängigkeit. Diese Kollegen und Kollegen sind es, die mit ihren positiven Erfolgen der örtlichen Generalversammlung den Stempel aufdrücken sollen.

Im Jahresbericht darf der Vorstand sich nicht nur darauf beschränken, referierend zu erzählen, wieviel Versammlungen abgehalten und was bei der Lohnbewegung herausgekommen oder nicht herausgekommen ist. Gewiß haben wir keine Ursache, unsere Erfolge zu verheimlichen oder zu verkleinern und berechnete Wünsche im stillen Gergensammerlein zu vergraben. Ueber schlechten Veranlassungsbein, mangelndes Interesse usw. zu lamentieren, hat ebenfalls keinen Zweck. Wozu das? Wird's dadurch besser? Mit nichten! Viel wichtiger ist es, nachzuprüfen - kritisch aber sachlich - was geschah, um den Verband voranzubringen am Orte. Je stärker unsere Zahl ist, desto kleiner wird die Zahl der Indifferenten und desto eher ist es möglich, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu erreichen. „Reiniger Kraft gelangt es, was einer nicht aufhabe bringt.“ Darum ist im Jahresbericht zu allererst zu beantworten, was geschah in der

Agitation!

Die beste und unverzüglichste Antwort darauf gibt unzweifelhaft die Zahl der Neuaufnahmen, selbstredend unter Berücksichtigung der im Bereiche der Zahlstelle vorhandenen Unorganisierten. Ein wirksames Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder ist die Hausagitation. Wie stand es um ihre Durchführung? Wieviele haben sich daran beteiligt? Wie oft ist Hausagitation gemacht worden und mit welchem Erfolg?

Was geschah zur Gewinnung der Jugendlichen und der Arbeiterinnen? Beides sehr wichtige Dinge, die eine eingehende Besprechung erfordern. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Wie wollen wir, daß die Zukunft unser ist, dann müssen wir heran an die Jugend. Geschah es, dann ist es gut, aber ja nicht stehen bleiben. Hastlos mußst du vorwärts streben, willst du die Vollendung sehen. Genau so steht es um die Organisation der Arbeiterinnen. Immer mehr drängt sich die Frau in unseren Beruf. Mein äußerlich zeigt sich das ja schon in der großen Zahl derer, die vor der Handwerkskammer die Weiterprüfung ablegen. Sollen die Arbeiterinnen auf die Dauer nicht Kohadrücker werden, dann organisiere sie. Die Organisation wird dann schon Sorge tragen, daß ein vernünftiger Ausgleich geschaffen wird.

Aber nicht nur der Gewinn neuer Mitglieder dürfen wir unsere Aufmerksamkeit schenken. Gleich wichtig ist im Jahresbericht die Beantwortung der Frage: Was geschah zur Eindämmung

der Fluktuation?

Das ist ja ein alter Bekannter, wird mancher der älteren Kollegen schmunzelnd konstatieren beim Lesen dieser Zeilen. Leider ist es wahr, und noch lange nicht genügend geschah in unseren Reihen zur Eindämmung des großen Wechsels. Gewiß, es reifen sehr viel ab, aber wo bleiben sie denn, irgendwo müssen sie doch wieder auftauchen. Geschah alles in eurer Zahlstelle, um die Zureisenden der Organisation wieder zuzuführen. Oder ließ man einfach die Sache laufen und wartete, bis der Zureisende von selbst den Weg zu euch fand. Das ist gewiß ein wunder Punkt, der in jeder Zahlstelle dringend der Klarstellung bedarf. Aber mehr noch wie die Beobachtung des Zuzuges muß in jeder Zahlstelle geachtet zur Zurückdrängung der Fluktuation. Viele, viele geben dem Verbands verlorene durch mangelhafte Verbindung, teils liegt es am Mitgliede selbst, teils am Vertrauensmann und teils an der Verwaltung. Auch dem Rechten zu leben auch in dieser Beziehung, ist Aufgabe der Generalversammlung. Sie soll auch nachprüfen, ob die Vertrauensmänner und Damen aufgeführt und belehrt worden sind. Oder ließ man die Sache laufen, wenn der Vertrauensmann erklärte: der oder der will nicht mehr bezahlen. Da-

mit ist es doch nicht gut, und die Generalversammlung soll gleich dem helfenden Arzt die Salbe in die Wunde legen lassen, das Hebel an der Wurzel fassen und den Uebel bürsten.

Ein Jahresbericht, der alle wichtigen Punkte mit Sachlichkeit würdigt und mit großem aber doch kritischem Ernst behandelt, wird seinen Eindruck auf die Generalversammlung nicht verfehlen. Und die sachlichen Mitglieder werden schon lernen, daß die Diskussion hier entzweckend bewegt. Das wird um so eher der Fall sein, wenn der Kassierer beim

Kassenbericht

sich nicht auf eine Aufzählung toter Zahlen beschränkt, sondern klarlegt, in welchem Verhältnis die Einnahmen zu den verlangten Aufwendungen stehen. Wie hoch es um das Unterstützungswesen? Was blieb übrig für den Kampf und die Agitation? Man soll sich klar sein, was die Kampflos bei Lohnbewegungen hat aufzuheben müssen. Ist es schon alles zurückgekommen? Und die, welche solche Zustände nicht brauchen, haben keine Veranlassung, bei auf's hohe Maß zu setzen. Wer weiß, wie schnell sie drankommen. Gut ist es dann und von unerschütterlichen Werte, wenn alle Zahlstellen sagen können, wir haben tüchtig mitgearbeitet an der Stärkung des Kampfstandes. Diesen Nullsturm sollte jedes Verbandsmitglied wie seinen Augapfel hüten. Tage kann der Kassierer beitragen, wenn er sein, wie unendlich viele kleine Beiträge notwendig sind zur Schaffung eines Nullsturms. Und im Recht ist der Kassierer, wenn er den „Damen drauf hält“ und auf Sparfüßchen drängt. Dem Mitglied darf ihn deswegen einen Geizhals schimpfen. Der Walfspruch eines tüchtigen Kassierers ist ein doppelter; er lautet: 1. Jeder Betrieb muß seine Selbstlosen selber bedenken, deswegen 2. keine Ausgabe ohne Deckung. Es geht wirklich nicht an, bei jeder Gelegenheit die Kasse anspannen zu wollen, die hat so ihr Päckchen zu tragen. Auch soll der Kassierer nicht vergessen, auf die Opferwilligkeit der Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation und der anderen christlichen Berufsverbände am Orte hinzuweisen. Unsere Mitglieder dürfen sich von niemanden an Opferwilligkeit überreifen lassen. Diesen Geist in der Zahlstelle herauszubilden und nachzuschärfen ist auch eine Aufgabe des Kassierers, wozu ihm die Generalversammlung namentlich in den Berichten folgen

Aussprache

mit allen Kräfte unterfüttern muß. Glaubt jemand berechnete Kritik üben zu müssen, so soll er sicherlich mit seiner Meinung nicht zurückhalten. Aber jeder soll streng sachlich bleiben und jede persönliche Zücht unter allen Umständen unterlassen. Wieb er es nicht, würde die Sache, der er doch nützen will, Schaden erleiden. Der Zweck aller Kritik soll doch die Herbeiführung einer Besserung sein, darum soll der Kritiker nicht den Krugler abgeben. Mit überzeugenden Gründen soll er kommen und zeigen, wie es seiner Ansicht nach besser gemacht werden kann. Der von der Kritik Betroffene darf aber auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Auch er soll nur die Sache im Auge haben. Wird ein gewohnheitsmäßiger Kritiker gar zu temperamentvoll, dann soll man die Gelegenheit benutzen und ihn vor vernünftiger Mannhaftigkeit zur Mitarbeit und zur Eindämmung der Fluktuation verpflichten. Jeder Vorstand, der seine Sache ernst nimmt, wird für praktische Anregungen aus der Mitte der Generalversammlung dankbar sein. Der Schriftführer darf nicht verkümmern, alle praktischen Anregungen ins Protokollbuch einzutragen, um in Vorstands- und Vertrauensmännerkongressen beim Punkt: „Wir bringen wir unsere Sache vorwärts“ stets darauf zurückgreifen zu können.

Die Neuwahl des Vorstandes

soll von der Generalversammlung nicht als Formalsache betrachtet werden. Daß von der gewissenhaften Erledigung dieses Punktes sehr viel abhängt, darüber sollte sich jedes Mitglied klar sein. Vor allen Dingen soll dabei nicht der blinde Zufall walten. Alte bewährte Kräfte sollte man sich unter allen Umständen zu erhalten suchen. Von Neuen wird oft sein die Ergänzung freies, jungen Blutes. Es wäre sehr töricht, wenn sich ein nicht wiedergewähltes altes Vorstandsmitglied in den Schmollwinkel legen wollte. Auch diese Kollegen müssen die Sache über die Person stellen und den Neugewählten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Der neue Vorstand soll vor allen Dingen auf eine richtige Verteilung der Ämter den größten Wert legen. Selbstverständlich muß der Vorsitzende alle Fäden in der Hand halten, insbesondere sollte er sich um den Arbeitsnachweis kümmern; die Aufgaben des Kassierers und Schriftführers sind ebenfalls festgelegt. Ein Vorstandscolleg sollte als Agitationsleiter bestellt werden zur Gewinnung der Unorganisierten und einer, der sich vornehmlich die Fluktuation vornimmt. Da die Dinge in jedem Ort anders liegen, soll hier deswegen nicht näher darauf eingegangen werden. Die Zahlstellen sollten im Vereine mit der Bezirksleitung überlegen, was in dieser Beziehung zu geschehen hat.

Den Generalversammlungen - der Reichenschaftslegung - in den Ortsgruppen kommt, wie aus Vor-

stehendem ersichtlich ist, die allergrößte Bedeutung zu. Wird auf der ganzen Linie ernst und zielbewußt in dem angedeuteten Sinne gearbeitet, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und die Generalversammlung wird sein und bleiben

ein Markstein

in der Geschichte der Ortsgruppe.

Ueber Sozialpolitik

madie Graf Paschowsky zum Inhalt des 4. deutschen Arbeiterkongresses folgende bemerkenswerte Ausführungen: Es werden in neuerer Zeit vielfache praktische und wissenschaftliche Angriffe gegen die deutsche Sozialpolitik und insbesondere gegen unsere soziale Versicherungsgesetzgebung gerichtet. Ich muß bei diesen Angriffen stets an eine Ueberlieferung aus dem höchsten Altertum denken. Aus jener Zeit wird uns erzählt, daß ein Mann namens Democritus sich dadurch einen berühmten Namen machen wollte, daß er einen heiligen, den Göttern geweihten Tempel in Brand steckte und so der Vermittlung überlieferter. Unsere soziale Gesetzgebung ist auch ein heiliger Tempel deutschen Gemeinwesens, deutscher Opferbereitschaft, ein Tempel deutscher Geistesarbeit, ein Wahrzeichen der glücklichen Entwicklung des deutschen Volkes. Und mer dieses Werk angegriffen, vergrößert sich an einem der bedeutendsten Werte deutscher Kulturarbeit. Was hat die soziale Gesetzgebung nicht geleistet zur körperlichen und sittlichen Erhebung des deutschen Arbeiterstandes! Wie ist wurde dem deutschen Arbeiter ein weites Gebiet menschlicher Tätigkeit gegeben; in den Selbstverwaltungskörpern der sozialen Gesetzgebung konnte er Hand in Hand mit den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft und der Reichs- und Staatsbehörden arbeiten; er konnte lernen, in der Verwaltung der Staatsinteressen eine eigene Verantwortung zu übernehmen. Das war für den Arbeiter eine wichtige Schule öffentlich-rechtlicher Erziehung, und trotz aller Mühen und Beschwerden im einzelnen hat diese öffentlich-rechtliche Tätigkeit den deutschen Arbeiter ganz sichtbar gehoben. Man wirft der sozialpolitischen Gesetzgebung Urschlaffung des Verantwortlichkeitsgefühls des Arbeiters und seiner Willenskraft vor. Glaubt man wirklich, daß dadurch, daß den einzelnen Arbeiter im Falle seiner dauernden oder vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Unfall od. hohen Alters eine Rente gewährt wird, die ihm die äußerste Notwendigkeit des Lebens bietet, glaubt man, sage ich, daß hierdurch das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl des deutschen Arbeiters für sein Lebensschicksal und das seiner Familie und seine Willenskraft geschwächt wird? Wenn diese Behauptung richtig wäre, müßte die Willenskraft jedes Menschen geschwächt werden, der durch seine äußeren Verhältnisse vor der Not des Lebens bedrängt ist, das hat doch niemand verständigerweise zu behaupten gewagt. Man wende schließlich ein, daß durch die soziale Versicherungsgesetzgebung vielfache Täuschungen begünstigt würden. Es steht fest, daß Fälle vorgekommen sind und wahrscheinlich noch vorkommen, daß Renten erschlichen werden und eine Korruption auf die Fortgewährung von Renten erhoben würde, die sachlich nicht mehr berechtigt war. Aber kommt es nicht auch in anderen Gesellschaftskreisen vor, daß aus eigenemütigen Interesse Staat, Gemeinwesen und Mitbürger geschädigt werden? Wenn das Wechreurengesetz die Verheimlichung erhält, daß allen denen, die bisher zur Einkommenssteuer zu niedrig deklariert haben, ein Generalparabon gewährt wird, so diese sich doch hierin die Ueberzeugung des Gesetzgebers ausdrücken, daß viele Steuerpflichtige zum Schaden von Staat, Gemeinde und Mitbürgern in ihren Einkommenserklärungen zu niedrige Angaben gemacht haben. Wenn also auch solche bedauerlichen Fälle von Rentenbetrug vorkommen, was besagen solche Einzelfälle gegenüber der ungeheuren Zahl der sachlich Rentenberechtigten.

Wenn ich mit ausländischen Politikern und Staatsmännern zusammen gekommen bin, war der erste Gegenstand ihrer Unterhaltung fast stets die deutsche Sozialgesetzgebung; sie sprachen mit Bewunderung von diesem Werk. Nichts hat das Ansehen Deutschlands als eines Kulturvolkes so gehoben, wie die deutsche Sozialpolitik. Fast alle europäischen Kulturstaaten haben unsere Gesetzgebung nachgeahmt, manche fast buchstäblich. Die Angriffe gegen dieses große Werk deutscher Geisteskraft und deutschen Gemeinwesens tragen deshalb einen geradezu heroischen Charakter. Ich muß aber zugeben, daß mein Vergleich in einer Beziehung stark hinkt, denn Democritus stürzte sich schließlich selbst in den brennenden Tempel und opierte sich dem Flammentode; ich glaube nicht, daß die Gegner der deutschen Sozialpolitik geneigt wären, so weit zu gehen. Wer die deutsche Versicherungsgesetzgebung bekämpft, muß niemals die Not einer Familie gelernt haben, die ihres Ernährers durch Arbeitsunfähigkeit oder Tod beraubt ist, oder er muß ein dreimal gepanzertes Herz besitzen.

• Sie haben von ihren Kämpfen zur Sozialdemokratie gesprochen, die sich im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Gesellschaft stellt; hierin liegt der große Unterschied mit ihrer eigenen Stellung; Sie wollen ein Glied der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft sein. Sie woen sich als eine gleichberechtigte Volksschicht in die bürgerliche Gesellschaft eingliedern. Ich halte es für eine harte Prüfung des deutschen Volkes, daß sich bei uns eine große Partei gebildet hat, die in einem so krassem Gegensatz zu unseren geschichtlichen Ueberlieferungen, zur bestehenden Staatsordnung und zu allen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft steht; wie dürfen aber, wenn wir den Glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes aufrecht erhalten wollen, die Hoffnung nie aufgeben, daß sich auch dieser Miß in unserem Volksbewußtsein

einmal wieder schleichen wird, wir dürfen nie vergessen, daß auch die Anhänger der Sozialdemokratie deutsche Staatsbürger sind, mit verantwortlich vor der Geschichte für das Schicksal und die Zukunft unseres Volkes. Aber, meine Herren und Damen, auch wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie bereinigt siegt, wird, so werden sich die bürgerlichen Parteien der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß in einem industriell so hoch entwickelten Lande wie Deutschland, in einem Lande, wo durch unsere Schulbildung auch der Arbeiterstand einen so hoch geistigen Bildungsgrad sich erlangen hat, Arbeiterparteien immer mehr bestehen werden, die am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihre Sonderinteressen zu vertreten entschlossen sind.

Es ist denn überraschend, daß sich unsere durch Schulung und industrielle Bildung entwickelte Arbeiterklasse auch korporativ zusammenschließt? Geht nicht der korporative Geist durch die ganze deutsche Geschichte? Sehen wir nicht, daß sich alle anderen Gesellschaftsstände wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Berufe zusammenschließen? Will man den Arbeitern in einem Staatswesen, dessen Grundbesitz die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze ist, daraus einen Vorwurf machen, wenn sie sich auch vereinsmäßig gruppieren. Ist es nicht natürlich, daß sich Arbeiter, die in einem Betriebe tätig sind, unter gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, vielfach in Betrieben, wo das Leben aller Mitarbeiter von der Verurteilung jedes Einzelnen abhängt, sich auch korporativ zusammenschließen nach dem Beispiel der zahlreichen bürgerlichen Berufsvereinigungen? Ich meine, die industriellen Arbeitgeber — und um diese handelt es sich ja zunächst nur — sollten den Arbeitern ihre Organisationen nicht mißgönnen, so lange sie diese Organisationen, die öffentliche Ordnung achten und unser wirtschaftliches Leben nicht stören. Einzelne Arbeitskämpfe werden sich nie vermeiden lassen, und sind schon eine Tatsache aus dem deutschen Mittelalter.

Man ruft jetzt vielfach nach neuen Waffen gegen Ausschreitungen der Arbeiterorganisationen. Es ist klar, daß die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß, daß es Pflicht des Staates ist, die Rechtschaffenheit und Willensfreiheit jedes Einzelnen zu schützen; das hat selbst der aus der radikal-sozialistischen Partei hervorgegangene französische Minister Briand seinerzeit auf der nachdrücklichsten betont. Ich bin aber immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß Ausnahme Gesetze in ihren letzten Wirkungen sich als unheilvoll erweisen, daß sie immer eine schwache Stelle des Staatsorganismus andeuten. Ausnahme Gesetze pflegen wie manche Arzneimittel zu wirken, die einen örtlichen Schmerz zwar vorübergehend stillen, aber desto schädlicher auf den Gesamtorganismus des Körpers einzuwirken pflegen. Ich glaube auch, daß die Bekämpfung von Ausschreitungen völlig ausreicht. Durch Verschärfung der Strafen werden bei großen Arbeitskämpfen einzelne Ausschreitungen nicht verhindert werden; das ist vielmehr Sache einer verständigen, aufmerksamen und tatkräftigen Polizei. Gilt man aber die bestehenden Gesetze nicht für genügend, so mag erwogen werden, ob unter Aufhebung aller Sonderbestimmungen neue Rechtsgrundzüge gegen Einschüchterung, Bedrohung, Gewalt, Erpressung, Verwurf aufzustellen sind, dann aber keine Ausnahme Gesetze, sondern gleiches Recht für alle Staatsbürger. Ich glaube, daß auch die Mehrheit der verbündeten Regierungen und des Reichstages gegen die verlangten gesetzgeberischen Maßnahmen aus ähnlichen Gründen sich ablehnend verhalten. Im Hinblick auf die Minderwertigkeit auf die Stimmung der Arbeiter scheint es mir nicht unbedenklich, mit solchen gesetzgeberisch, wahrscheinlich hoffnungslosigen Anträgen aus politischen Gesichtspunkten hervorzutreten.

Meine Herren und Damen! Ich setze auf die Tätigkeit der vaterländisch christlichen Arbeiterbewegung große Hoffnungen für die Zukunft der gesamten Arbeiterklasse; ich hoffe, daß es dem vaterländisch-christlichen Gedanken in kommenden Geschlechtern gelingen wird, den theoretisch-radikalen Geist der Sozialdemokratie zu überwinden. Der Einzelne ist im Leben nicht, er verschwindet im Strom der Vergessenheit, aber das Volk ist ewig, indem man in dieser Welt von Ewigkeit sprechen kann. Den größten Teil des Volkes bilden aber die minderbemittelten Klassen. Jeder Staat, auch die Republiken werden schließlich aristokratisch regiert von den Vertretern der Geburt, der Bildung, des Geldes. In einem freien Staat kann sich jeder durch eigene Kraft in die höheren Gesellschaftsstände emporarbeiten. Pflicht aber der Führer des Volkes, Pflicht der leitenden Gesellschaftskreise ist es, auch mit eigenen Opfern für das steigende Wohlbefinden der minderbemittelten Volksklassen zu sorgen und einzutreten. Wenn Sie, die christlichen Gewerkschaften und Vereine, die nationalen Gewerkschaften, die nationalen Verbände für den wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse eintreten, so dienen Sie nicht nur den Interessen Ihrer Ständegenossen, sondern Sie leisten der sicheren und glücklichen Zukunft unseres ganzen Volkes einen unschätzbaren Dienst!

Deutsches Wirtschaftsleben 1913.

Ein eigenartiger Kreislauf pflegt durch das Wirtschaftsleben zu gehen. In gewissen Zeiten wiederholen sich Aufschwung und Niedergang. Das Jahr 1912 hatte für Deutschland eine Hochkonjunktur gebracht. Man konnte erwarten, daß dem Jahre 1913 eine noch höhere Blüte des Erwerbslebens beschieden sein würde. Da fiel ein rauher Neif auf diese Hoffnung: Der Balkankrieg brach aus, und mit ihm sprang die Gefahr eines großen europäischen Krie-

ges auf. Das war für das Wirtschaftsleben äußerst bedenklich. Denn jetzt laute der Handel immer nur soviel an, als er für kurze Zeit brauchte. Bestellungen auf Vorrat wärgen man nicht, da ein kriegerischer Konflikt unter den Großmächten allgemein als im Bereich der Möglichkeit liegend angesehen wurde. Und die Erzeuger von Fertigmachen machten es ähnlich.

Dazu kam sofort eine Verknappung des Geldmarktes. Das beunruhigte Publikum zog erhebliche Mengen von Kapital aus dem Anlagemarkt zurück und überwarfte dieselben. Die Geld-Zentralinstitute betrieben finanzielle Kriegsrüstungen, suchten ihre Goldbestände auszuheilen, um sich gegen einen plötzlichen Ansturm des Auslandes bei eventuellem Kriegsausbruch zu sichern. So trat eine Frierung der Geldmärkte der wichtigsten Staaten ein. Und dabei stand die Industrie- und Handelswelt mitten in der Hochkonjunktur und brauchte infolgedessen viel Kredit. Die Staaten machten ebenfalls erhebliche Ansprüche an den Geldmarkt. Da konnte es nicht ausbleiben, daß der Zinssatz eine außergewöhnliche Höhe erreichte. Das teure Geld wurde ein Hemmnis des Spekulations- und Gründungs-wesens und des verärferten wirtschaftlichen Aufschwungs. Das war jedoch nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Ländern der Fall. Deutschland hatte am Schlusse des Jahres sogar eine bessere Lage des Geldmarktes aufzuweisen wie Frankreich und England. Im Oktober, in die Reichsbank mit dem Zinssatz herab und im Dezember erfolgte eine neue Ermäßigung, während die Bank von Frankreich keine Herabsetzung eintreten lassen konnte und die Bank von London den Zinssatz im Oktober sogar erhöhen mußte. Die nächste Folge der Unsicherheit der politischen Lage und der Kreditverschmierung war der Rückgang der Reinvestitionen von Kapital. In den ersten acht Monaten betrug die Neuanlage von Kapitalen in Handels- und Industrie-gesellschaften nur 708 Millionen gegen 997 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Herbst allerdings brach das Bedürfnis für Gründungen und Geschäftserweiterungen erheblich härter durch als in der gleichen Zeit 1912.

Die Gütererzeugung ist 1913 bis in die allerletzten Monate noch immer gestiegen. Die Roheisenerzeugung hat 1913 das Hochkonjunkturjahr von 1912 noch stark überholt: 17,6 Millionen gegen 16,3 Millionen Tonnen in den ersten elf Monaten. Selbst wenn der Dezember eine geringere Roheisenerzeugung bringt als der gleiche Monat von 1912 wird die Roheisenproduktion von 1913 immer noch die enorme Ziffer von 19 Millionen Tonnen aufweisen. Die Kohlegewinnung in sämtlichen Arten ist von 264 auf 265 Millionen Tonnen gestiegen (von Januar bis November), wird also in diesem Jahre zum erstenmal die Ziffer von 300 Millionen Tonnen überschreiten. Die Preispolitik des Kohlenhandels im ersten Halbjahr war allerdings für die Geschäftswelt nicht günstig, da im April sogar eine Erhöhung der Preise vorgenommen wurde. Die elektrische Großindustrie hat bis in die letzten Monate glänzend abgekommen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat beispielsweise in der kurzen Zeit von Juli bis Oktober ihren Absatz noch um fast 30 Mill. Mark gegen die gleiche Zeit des Hochkonjunkturjahres 1912 gesteigert. Auch die chemische Industrie hat erhebliche Fortschritte gegen 1912 aufzuweisen. Die Fertigenindustrie hat dagegen weniger gut abgeschnitten. Bei ihr kann man im allgemeinen sagen, daß ein Rückgang einsetzte, der in sinkenden Preisen zum Ausdruck kam. Das gilt bei der Kleintextilindustrie, bei der Wollschmiedindustrie, bei der Textilindustrie. Einzelne Zweige dieser großen Gruppen haben freilich auch eine Steigerung erfahren. Am schlechtesten war die Lage im Baugewerbe der Großstädte, worunter natürlich die Schiffindustrie leiden mußten. Die Baufris ist liegt aber in der Hauptsache in den Kreditverhältnissen begründet, nicht so sehr in der allgemeinen Konjunkturlage. Denn sonst hätte es nicht geschehen können, daß bei dem scharfen Niedertreten des Baugewerbes in den Großstädten die Bautätigkeit auf dem Lande und in vielen kleinen Städten sich gut entwickelte.

Eigenartig ist die Gestaltung des Außenhandels gewesen. Trotz der Kriegsdirektoren, trotz der langen Spannung in internationaler Hinsicht, trotz der weniger günstigen Lage einer ganzen Reihe von Auslandsmärkten hat der deutsche Außenhandel einen großen Schritt vorwärts gemacht in der Ausfuhr deutscher Waren. Die Einfuhr ist nicht gewachsen. Die Ausfuhr ist dagegen in den ersten elf Monaten um 1100 Millionen Mark gestiegen, wovon 250 Millionen auf landwirtschaftliche und 850 Millionen auf industrielle Erzeugnisse trafen. Die große Ernte Deutschlands, die wohl noch nie so groß gewesen ist wie 1913, dürfte vielleicht verbüßen, daß 1914 der Konjunkturrückgang ein krisenhaftes Gepräge annimmt.

Auffallend war gegenüber der Tatsache, daß die Gütererzeugung in ihrer Allgemeinheit 1913 noch gestiegen ist, die starke Zahl der Arbeitslosen. Sie war in allen Monaten größer als 1912 und bewegte sich um 2/3 bis 3 Prozent. Der Grund dafür liegt einmal darin, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sehr groß war, ein Nebergang dieser Berufsgruppen zu anderen Industrien aber schwer möglich ist, sobald in der starken Verengung von ausländischen Arbeitskräften in den letzten Jahren — die ausländischen Arbeiter in Deutschland werden für 1913 auf 1 1/2 Millionen geschätzt — und endlich in dem stärkeren Andrang der Frauen und Jugendlichen in der Industrie. Frauen- und Jugendlichen-Arbeit wird von der Industrie in Zeiten sinkender Preise eben mehr bevorzugt als die teuere Männerarbeit. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1913 waren unter der Gesamtzahl von 7 271 726 in ge-

werblichen Betrieben mit mehr als 10 Personen überhaupt beschäftigten Arbeiter 1912 5 339 075, (1911 5 099 154) männliche erwachsene Arbeiter; 1 379 546 (1 317 682) Arbeiterinnen über 16 Jahre und 535 291 (505 417) junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren und 13 913 (13 004) Kinder unter 14 Jahren. Die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre stieg im Jahre 1912 um 61 864, dagegen im Jahre 1911 nur um 58 124; auch die Zahl der jungen Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren stieg von 1911 auf 1912 um 7430 gegen 5810 im Vorjahre.

Wenn also im Konjunkturbild des Jahres 1913 auch tiefe Schatten nicht fehlen, so geht es im allgemeinen doch nicht an, von einer Krisis zu sprechen. Eine Krisis rüttelt das Wirtschaftsleben in ganz anderer Weise durcheinander wie der teilweise Konjunkturrückgang 1913. Übertriebene Schwachsicherheit in dieser Hinsicht kann vor allem der Arbeiterschaft, dann aber auch dem Mittelstand und den kleinen Industriebetrieben nur schaden. Denn es treten dann gar zu leicht Lohnminderungen und Konsumbeschränkungen ein. Bis jetzt hat das Wirtschaftsleben eine erfreuliche Festigkeit gezeigt. Mögen die Hoffnungen, die man auf die gute Ernte gestellt hat, sich im Jahre 1914 bewahrheiten.

Handwerk und Tarifverträge.

Die Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform vom 20. bis 22. November in Düsseldorf gibt der Düsseldorfischen Handwerkskammer Veranlassung, sich in ihrem „Korrespondenzblatt“ (1914, 10) zu der Frage der Tarifverträge vom Standpunkt des Handwerks zu äußern. Die Kammer hat von jeher gegenüber der Gewerkschafts- und Tarifbewegung im Vergleich zu mancher anderen Handwerkerorganisation eine objektive und fortschrittliche Stellung eingenommen. Auch die erneute Stellungnahme zu dem Wesen des Tarifvertrags bewegt sich in gleichen Bahnen. Wenn auch der unter Umständen eintretende Nachteil hervorgerufen wird, daß der Tarifvertrag eine Herabminderung der Leistungsfähigkeit und des Strebens des Arbeiters zur Folge haben könnte, weil ihnen durch den Vertrag ohnehin der Lohn für mehrere Jahre festgelegt wird, so werden andererseits die Vorteile des Tarifs für den Handwerker anerkannt. „Die Arbeitgeber haben ihren Nutzen in der durch den Tarifvertrag ermöglichten Sicherung der Produktion unter Festlegung der Produktionsverhältnisse, da sie von dortherin für mehrere Jahre mit bestimmten Löhnen rechnen können. Das erleichtert ihnen zugleich die Kalkulation, wenigstens für den Zeitraum, für den der Vertrag abgeschlossen ist,“ heißt es wörtlich.

Die Handwerkskammer hätte noch hinzufügen können, daß der Tarif mit das beste Mittel ist, die Schmutzkonkurrenz im Handwerk einzudämmen, da die gleichen Löhne im ganzen Gewerbe fortporzogen eingreifen. Die Handwerkskammer konstatiert weiter, daß der Tarifvertrag im Handwerk harten Boden gewonnen hat, verlangt aber zugleich die Schaffung eines Rechts des Arbeitsvertrags, das namentlich die Festung aus dem Arbeitsvertrag regelt. Man kann dem Satz der Handwerkskammer, daß die neue Vertragsform erst dann wirkliche Bedeutung für das Arbeitsrecht erlangt, wenn ein positives Recht des Arbeitstafilvertrags geschaffen ist, nur zustimmen.

Wenn in den Ausführungen konstatiert wird, daß in der Einführung des Tarifs die Anerkennung der Organisation der Arbeiter liegt, so ist diese Wirkung nur zu begrüßen. Das Naturrecht des Arbeiters auf Organisation muß auch das Handwerk anerkennen, zumal es selbst von Organisationsgedanken in wachsendem Umfange Gebrauch macht. Genau so wie bei einem Kaufvertrag ein Verhandeln zwischen den beiden Parteien als gleichberechtigte Kontrahenten stattfindet, stellt auch die Gewerbeordnung Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Arbeitsvertrag, der in gewissem Sinne auch ein Kaufvertrag ist, als gleichberechtigt einander gegenüber, und es ist ganz selbstverständlich, daß seine einseitige, sondern eine paritätische Festlegung der Arbeitsbedingungen hutzufinden hat. Wenn das Handwerk von den Gewerkschaften eine Verpflichtung seiner Eigenarten verlangt, darf auf der anderen Seite die Forderung ausgesprochen werden, daß die Handwerker sich mit aller Macht dagegen wehren, daß Tarifverträge zustande kommen, die einseitige Monopolverträge mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeuten und zur Folge haben, daß nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter Beschäftigung finden können. Die Handwerker müssen vor allem ihren Einfluß dahin geltend machen, daß auch unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung als gleichberechtigt beim Abschluß von Tarifverträgen angesehen und auch behandelt wird.

Forderungen auf dem Gebiet der Lohnämter.

Das englische Lohnämtergesetz ist neuerdings auf weitere bedeutende Gewerbe ausgedehnt worden; die Demobanderei, die Herstellung von Gürteln und Konfektion, sowie auf gewisse Zweige der Weinindustrie, das Rollen und Bügeln in Dampfmaschinen usw. Das Gesetz schreibt die Erziehung von paritätisch besetzten Lohnämtern vor, welche die Mindestlöhne für Heim- und Werkstattarbeiter regeln sollen. Es handelt sich im wesentlichen um Industrien, die viel Frauen stellen als ungelernete Fabrikarbeiterinnen beschäftigen, und in denen es bei der mangelnden Organisation nicht zu geregelten und normalen Lohnverhältnissen kommen konnte. Dem vorstehenden Vorgehen der bereits 1910 eingerichteten Lohnämter für Ketten-, Schachtel- und Spitzenindustrie sowie die Herren- und Knabenkonfektion ist es gelungen, eine schrittweise, den Verhältnissen der Industrie angepaßte Lohnherabsetzung durchzuführen.

Eine Erschütterung der geregelten Industrie ist, wie aus den Berichten des englischen Arbeitsamtes vorgeht, nicht zu bezweifeln gewesen. Die Preise sind zum Teil gar nicht, zum Teil wenig gestiegen, weil die erhöhten Löhne durch die verbesserte Technik und Arbeitsorganisation sowie durch gesteigerte Arbeitsleistung weitgemacht werden konnten. Zu neuerer Zeit haben auch die Unternehmer den Vorteil der Lohnämter, die Ausdehnung der Schmutzfabrikation, die mit niedrigeren Löhnen arbeitet, anerkannt. Die Meister des Londoner Wädgerwerbes sind um ein Lohnamt eingekommen, nachdem sie durch das tarifmäßige Verhalten einer Anzahl kleiner Meister in einen neuen Streit hineingezogen waren.

In Frankreich ist vor kurzem ein Gesetzentwurf angenommen, durch den in ähnlicher Weise wie in England die Lohnverhältnisse in der Konfektion geregelt werden. Auch in Amerika hat das gleiche System in einer Anzahl von Staaten Fuß gefaßt, in Belgien und in Österreich liegen entsprechende Entwürfe vor. Und in Deutschland? Da ist man mit Errichtung von Sachverständigen für Gewerbetreibende der Beratung des Gewerkschaftsbundes vor zwei Jahren auf halbem Wege stehen geblieben, ja, man hat bis heute keinen einzigen Sachverständigen ernannt, da man anscheinend aus den Ermahnungen um maßgebender Stelle noch nicht herausgekommen ist.

Ein ehrliches Geplänzel.

Die Festschreibung unseres Kollegen Reichsgerichtsabgeordneten Franz Wehrens über die Gründung der Zeitschrift *Volksrecht* ist eine der „offiziell rechtlichen“ Vorberichterstattung zu grundsätzlichen Wahrheiten, jenseit dem Obersten Oberregierungsamt Dr. Mapp und seinem Anhang hat auf die Reden gefaßt zu sein. Sie haben der Mapp völlig betreten und wiederum nur die tiefsten Geheimnisse ihres Geistes ganz ungenutzt. Mapp selbst schweigt zwar, aber als sein treuer Waffengehose schreibt Dr. Georg Wirth, *Schlichte* in der *Neue Zeitung* (München) vom 22. Dezember 1914, die durch ihren Verfall. Der Mangel der *„Kampfschlachten“* ist kurzlich ihre Feindschaft gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, unter der Heberichs *„Wehrens contra Mapp“* folgendes Geplänzel:

„Wenn man der sozialdemokratischen Volkspartei nicht begreifen will, so muß man deren Zweckzweck etwas Gleichwertiges oder vielmehr etwas Besseres und Stärkeres gegenüberstellen. Dies Bessere und Stärkere wird aber nicht dadurch geschaffen, daß man das privatwirtschaftliche Justizwesen unserer großen Versicherungsgesellschaften zum Anknüpfen mit der Organisation der christlich-sozialen Arbeiter. Diese sind zu jenseit, um der sozialdemokratischen Volkspartei etwas Besseres gegenüber zu setzen; also sind sie auch zu jenseit, das Hauptziel einer solchen Einrichtung anzugehen. Außerdem sind sie auch nur eine politische Organisation, und eine noch dazu, die gegenwärtig recht unpopulär ist. Wie denn, wenn sie eines Tages ihren Frieden mit der Sozialdemokratie machen? Laßt man so etwas überhaupt auf eine politische Organisation gründen? Es sind in jenseit Volksparteiengruppen zu verschiedenen Seiten zusammengekommen, die einander vor Grund auf misstrauen, Großkapital und christlich-soziale Arbeiterkraft. Das wird der fruchtbarsten Arbeit und dem Weiterbau der Ideen nicht nützen sein. Wenn man der sozialdemokratischen Volkspartei wirklich begegnen will, so darf man ihr zu etwas Schwächeres nicht gegenüberstellen. Die sozialdemokratische Volkspartei ist nur zu überwinden dadurch, daß man ihr eine öffentliche Volkspartei, eine von Staatswegen, oder vielmehr eine in der Form des gemeinen Vereins, in welchem des öffentlichen Rechtes gegenübersteht, in welcher weder das Großkapital noch die christlich-sozialen Arbeiterorganisationen etwas zu sagen haben. Volkswirtschaft frei und rein von Partei ist zu sein. Die politische Organisation, der erwerbsfähige Mittelstand, zu auch der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter, jeder einzelne freie Mann soll darin genau soviel gelten, wie irgend eine politische Organisation. Das ist der gesunde Individualismus, mit dem allein man die sozialdemokratische Volkspartei und die ganze untreue Organisationsfreiheit unserer Zeit bekämpfen kann. Es ist in bezug auf auch nur heimliche Sorge um ihre Organisation und um ihren persönlichen Gewinn, was die christlichen Arbeiterführer betreiben, Mapp auszufragen, weil er ihnen nicht in jenem Mann die Herrschaft ausgeben wollte, die ihnen in jenem Gebäude weitgehend verpackt wird. Die echte, deutsche Volkspartei ist aber zu mehr da, als nur eine Straße zu sein für die „Organisation“. Sie soll die Wurzeln sein des hohen Individualismus und ist darum sogar ein Feind des Organisationsgedankens, ein Feind der „Organisation“, sie bietet dem Arbeiter etwas Besseres als „Organisation“. Das fühlen jene Führer und darum wollen sie davon wissen, um das zu verhindern. Denn je mehr der Arbeiter versteht, um so weniger zählt er Organisationsbeiträge.“

Das ist wenigstens ehrlich! Die „Christlich-Rechtlichen“ sind nach ihrem eigenen Eingeständnis „ein Feind des Organisationsgedankens“, sie wollen die „Organisationsfreiheit“ bekämpfen und bieten etwas „Besseres“ als „Organisation“. Das deutliche ist, daß die Christlichen sich zu gleicher Zeit bemühen, Arbeiterorganisationen zur Arbeit an ihrem Unternehmern zu gewinnen. In den Kapiteln dieser „Arbeiterorganisationen“ muß es natürlich fonderbar ausfallen, die mit ihnen so offen ausgesprochenen Gegnern zusammenfassen daran arbeiten, sich selbst zu bekämpfen. Unsere Kollegen, die bei ihrer Arbeit für unsere Volkspartei mit den „Christlich-Rechtlichen“ zu rechnen haben, bitten wir, sich diese Zeilen gut auszuheben.

Neue Festsetzung der Ortslöhne und Jahresdurchschnittslöhne.

Die neu gewählten Vorstandsmitglieder der neu errichteten allgemeinen Ortskonfessionen oder ausgedehnten bezw. besonderen Ortskonfessionen, sowie der Betriebs- und Anknüpfungskonfessionen werden beim Antritt ihres Amtes recht bald vom Versicherungsamt aufgefordert werden, sich grundsätzlich zu äußern über die demnächstige Höhe des Ortslohnes. Ebenso wird von den landwirtschaftlichen Vertretern der Berufsämter an die Versicherungsämter vom Oberversicherungsamt ein Gutachten über die neu festzusetzende Höhe des Jahres-Durchschnittslohnes für landwirtschaftliche Versicherten verlangt werden. Nach § 149 der AVO haben die Oberversicherungsämter (Vorschlagsämter) nämlich die Pflicht, die Höhe des Ortslohnes (früher ortsbildende Lohnhöhen) festzusetzen. Die Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reich, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914 und dann immer auf 4 Jahre, festgesetzt.

Änderungen in der Zwischenzeit gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung. Alle Änderungen treten erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 151). Vor der Festsetzung der für die Arbeiter sehr wichtigen Ortslöhne müssen die Vorstände aller Ortskonfessionen sowie die Gemeindebehörden dem zuständigen Versicherungsamt diesbezügliche Vorschläge machen. Ebenso sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsämter zu hören. Zwecklos wird man ihre gutachtlichen Meinungen, die sich auf die Kenntnis der Lohn-, Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse aufbauen, beachten müssen.

Den Arbeiter-Vertretern in den Vorständen der Ortskonfessionen, Gemeinde-Vertretungen, Berufsämtern und Oberversicherungsämtern ermahnt man die heilige Pflicht, mit aller Energie auf die hochwichtige Festsetzung des Ortslohnes zu dringen. Was alles von der Höhe des Ortslohnes abhängt, sei hiermit kurz erwähnt:

Es hängt zunächst ab die Höhe des Krankengeldes bei den Landarbeitern, ferner des Hausgeldes, Wadengeldes, Sterbegeldes und event. des Schwangers- und Stillgeldes. Bei den Konditionenämtern kann nämlich der Ortslohn als Grundlohn bestimmt werden. Für die hausgenerell Beschäftigten gilt der Ortslohn stets als Grundlohn, ganz gleich, welcher Majie sie angehören, ebenso auch für die uneheliche Beschäftigten. Zwar können die Höhe des Ortslohnes für einzelne Gruppen der Letzteren erhöht werden, andererseits aber auch kann für landwirtschaftliche Versicherte in gewissen Fällen (bei dauernder Beschränkung der Arbeitsfähigkeit) die Zahlung des Grundlohns noch niedriger als den Ortslohn festsetzen. Außerdem richtet sich die Krankenhilfe, die der Unternehmer für die in seinem Betriebe beschäftigten, nicht versicherten Personen zu zahlen hat, nach dem Ortslohn. Bei Berechnung der Invalidität wird in manchen Fällen der Ortslohn zugrunde gelegt. Die Beitragslast der Invalidenversicherung richtet sich nach dem Ortslohn. Im Falle eines Kontrakt- oder Vertragsmordes ist nach § 121 b der Gewerbeordnung der Ortslohn entscheidend für die zu beauftragende Entschädigung und zwar sowohl für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer. Die Familien-Unterstützung für die Familien der zu Friedensarbeiten eingezogenen Mannschaften richtet sich nach der Höhe des Ortslohnes. Der Ortslohn ist ferner bestimmend für die Höhe der nach dem Unfall-Fürsorge-Gesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes zu zahlenden Renten; auch für die Befragungen richtet sich dieselbe entweder zum Teil oder ganz wiederum nach dem Ortslohn.

Der Ortslohn muß besonders festgesetzt werden für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahren. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in „junge Leute“ von 14 Jahren an und „Minder“ unter 14 Jahren geteilt werden; Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (§ 150 AVO).

Bei den gutachtlichen Meinungen ist zu beachten, daß für die Normierung des Ortslohnes jenseit der Tageslohn angelegener Arbeiter d. h. solcher Arbeiter, die eine besondere Vorbereitung nicht genießen haben, nach dem Willen des Gesetzgebers zugrunde gelegt werden muß. Der Lohn von Lehrlingen darf bei Festlegung des Ortslohnes für Jugendliche nicht in Anschlag gebracht werden, da diese nicht als gewöhnliche Tagelöhner gelten.

Auch noch einiges über die Festsetzung des Jahres-Durchschnittslohnes für landwirtschaftliche Versicherte: Nach § 150 der AVO, ergibt sich die Maßnahme der Landarbeiter nach dem Jahres-Arbeitsverdienst, den die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Zeit des Lohnes durch landwirtschaftliche und andere Erwerbsarbeiten durchschnittlich erzielen. Diesen Jahres-Arbeitsverdienst sehen die Oberversicherungsämter (Vorschlagsämtern), wie schon oben angedeutet, in Zukunft ebenfalls fest. Die Versicherungsämter müssen vor Beginn ihres Gutachtens über die Höhe des Jahres-Durchschnittslohnes die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigten Versicherten-Vertreter am Versicherungsamt hören.

Zur Zeit sind die, meistens von den Regierungspräsidenten festgesetzten Durchschnittsverdienste und Ortslöhne geradezu unendlich gering. Festgesetzte bisherige Durchschnittslohne von 300 bis 350 Mark pro Jahr sind durchaus nichts Seltenes.

Die Arbeiter-Vertreter in den Vorständen der Ortskonfessionen und Gemeinde-Vertretungen sowie an den Berufsämtern und Oberversicherungsämtern haben jetzt die Möglichkeit, diesen unglücklichen Zuständen ein Ende zu machen und es erhebt sich nunmehr die Frage: Wie können wir höhere Ortslöhne und Jahres-Durchschnittslöhne an beiden erreichen? Es wird gut sein, wenn die Funktionäre und Kartellvorstände der christlichen Gewerkschaften vielleicht auch unter Mitwirkung der sozialen Ausschüsse die auf nationalem Boden stehenden Körperschaften aller Ortskonfessionen sowie die Arbeiter-Vertreter des Berufsämtern und Oberversicherungsämtern, ebenso auch die Arbeiter-Unterschiedsämter und Gemeindevertreter zu einer Konferenz einladen. Auf dieser Konferenz wäre die Frage des festzusetzenden Ortslohnes und Jahres-Durchschnittslohnes eingehend durchzuerörtern, um eine Einigung über die dem Oberversicherungsamt vorzuschlagende Höhe herbeizuführen mit allen Arbeiter-Vertretern zu erzielen. Ferner dürfte es sich empfehlen, recht bald in Kartell- und Gewerkschaftsversammlungen über die Bedeutung und die Höhe des festzusetzenden Orts- und Jahresdurchschnittslohnes Vortrag zu halten und darüber diskutieren zu lassen, damit die Arbeiter-Vertreter sich über die Ansichten der Kollegen informieren können. Die Ortslöhne der christlichen Gewerkschaften mußten in Zukunft unbedingt vor jeder Neuverteilung (alle 4 Jahre) eine Umfrage über die Höhe des Ortslohnes ungelerner Arbeiter, Arbeiterinnen u. Jugendlichen in jedem Versicherungsamtgebiet rechtzeitig veranstalten. Natürlich mußte dies auch bei den landwirtschaftlichen Versicherten zwecks Ermittlung des Jahres-Durchschnittslohnes geschehen. Bei den Letzteren wären neben den oben Entannten noch festzusetzen: der Wert aller geübten baren Einkünften nach festzulegen; der Wert aller geübten baren Einkünften, der freien Wohnung, Heizung, Wärme, geleiteter Löhner, freies Fuhrwerk usw. Wenn auf diese Weise die in den Grundlagen für die Ermittlung der tatsächlichen Höhe des Ortslohnes und des Jahres-Durchschnittslohnes geschaffen werden, dann können die Oberversicherungsämter nicht umhin, sich den Gutachten der Arbeiter-Vertreter über die Höhe der Jahres-Durchschnittslöhne und Ortslöhne anzuschließen. Den Vertretern der Arbeitnehmer am Oberversicherungsamt wird dadurch stichhaltiges Material geliefert und ihre Aufgabe, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen bei der Festsetzung, wird ihnen bedeutend erleichtert.

Wegen die vorstehenden Ausführungen nicht nur volles Verständnis für die Wichtigkeit der behandelten Fragen bei den Arbeiter-Vertretern erzwungen, sondern auch die allein geltende Tat hervorzuführen.

hohnbewegungen und Differenzen.

Die Schlichtungsverhandlungen

Vor den Unparteiischen werden für dieses Jahr in Nürnberg stattfinden. Sie beginnen **Montag, den 2. Februar** und finden im Saal „Deutscher Hof“, Freyungstraben, statt. Wie in den Vorjahren werden auch heuer als Unparteiische die Herren Magistratsrat von Schulz-Berlin, königl. Gewerbevertragsdirektor Dr. Kremer-München und Magistratsrat Dr. Siller-Frankfurt fungieren.

Die in Lohnbewegung stehenden und für die Verhandlung in Frage kommenden Zahlstellen verweisen wir auf die ihnen in den letzten Tagen zugegangenen Mundstücken, worin das Nähere mitgeteilt ist.

Was die ärztlichen Verhandlungen anbelangt, so verheißt diese, abgesehen von einigen unwesentlichen Zugewandten seitens der Arbeitgeber, bisher resultatlos und dürfen, da hinsichtlich der Lohnfrage nichts Zugewandtes gemacht worden, als endgültig geschlossen betrachtet werden.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eurer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung erwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 4. Wochenbeitrag für 1914 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse anmerken lassen möchten.

Das Jahrbuchverzeichnis für das Jahr 1913 der Schneiderzeitung ist fertig. Kollegen, welche sich den Jahrgang binden lassen wollen, können das Inhaltsverzeichnis hierzu bei der Geschäftsstelle des Verbandes haben.

Abgerufen haben bis zum 19. Januar 1914 für das 4. Quartal folgende Zahlstellen: Engenreuth, Rempen, Landshut, Kaufheim, Nürnberg, Reissau, Plozheim, Straubing, Saftingen, Heideberg, Altheim, Speyer, Steinweiler, Schweinfurt, Schwanheim, — Vachau, Pamborn, Hedinghausen, Nürch, Kraunshweig, Hannover, Kiel, — Dresden, Graudenz, Jordan.

Der Schriftvorsitz.
A. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Breslau. Am Sonntag, den 18. Dezember fand hier eine von unserer Zahlstelle einberufene öffentliche Schneiderversammlung statt, die sich mit dem arbeiterfähigsten Verhalten des sozialdemokratischen Schneiderverbandes zu Breslau befaßte. Diese Versammlung war notwendig geworden, weil sonst das Verhalten der hiesigen Schneidergenossen nicht anders gekennzeichnet werden kann. Die Vorgänge in den letzten Monaten deuten hier bei den Genossen nichts anderes als Euxum. Während sie sich über den grünen Klee loben, gerren sie andere in den Schmutz. Der bekannte Gucke Grundlag, „Die Führer vor den Rauch treten und die Mitglieder freispielen“, kommt zu richtig zur Geltung. In schlangenförmiger Weise verfuhr man sich zu drehen und zu wenden, um ja nirgendwo anzukommen. Bald zeigen sie sich radikal, bald schmeichelei. Bei der freien Presse erreichte man den Tarifabschluß nicht, man verhängte scheinbar die Sperre über die Firma, zog aber seine drei Mitglieder nicht heraus und beunruhigte dafür aus beim Adavoorbehalten, daß wir uns der Sperre nicht anschließen hätten. Ein anderesmal (1912) hat man den Arbeitgeber gesagt, daß sie, der freie Verband, den Kontrakt nicht tungehen wollten, aber weil der christliche Verband das machte, mußten sie es auch. In der vorjährigen Weise sind christliche Gewerkschaftsführer von dem Kontraktanten länger als zum beschimpft worden. Die auswärtige Kollegenchaft erhielt hieraus, mit was für unehrlichen Mitteln und mit welcher Wöshen man betriefft, uns zu bekämpfen. In öffentlichen Versammlungen, in denen man freie Diskussion wünschte, wurde Kollege Sandmeier, nur weil er eine Kritikauskunft machen wollte, das Wort entzogen und sofort darauf alle christlichen Gewerkschaftler aufgefordert, das Kolal zu betreffen. Man sah also, daß sie sich ihrer Sache nicht mehr sicher waren. In unserer Versammlung hatten es die Gewerkschaftsführer vorgezogen, nicht zu erscheinen. Mit Recht kennzeichnet der Referent Kol. Kolle das Verhalten derselben als ein Feigen. Er bemerkte, daß es in einer Organisation, die auf eine so unehrliche Art und Weise gegen andere vorgeht, hinter verschlossenen Türen geheime Stellungen abhät und ihre Wöshheit nicht mehr mehren kann, schlecht bestellt sein muß.

Zur Lohnbewegung in der Konfessionenindustrie wurde es als ein gewagtes Spiel bezeichnet, ohne unserer Verband überhaupt etwas zu unternehmen. Der Konjunktur der Organisierten sei kein besonders guter, die Konjunktur ist ebenfalls nicht gut und die 120 Mitglieder, die wir in der Konfession in Breslau beschäftigt haben, geben den Ausschlag. Bezeichnender Weise sind alle Lohnbewegungen, die der freie Verband hinter unseren Rücken eingeleitet hat, im Grunde verlaufen. So u. a. 1912 die Bewegung in der Hosen- und Westenmachereier und 1913 die in der Detailkonfektion. Nach so einige „Erfolge“ der Herren Genossen, dann ist das Vertrauen der Breslauer Kollegenchaft zur Organisation fust. Daselbe Spiel treibt der „freie“ Verband bei der bevorstehenden Lohnbewegung in der Konfektion. Anstatt bei der Lohnbewegung einig zu sein und eine geschlossene Linie gegenüber den Arbeitgeber zu bilden, treibt er den Keil in die Kollegenchaft. Persönlich liegt und nicht viel an den gemeinsamen Sitzungen, denn es ist gerade kein Vergnügen, mit Leuten, die wie oben geschildert sich benehmen, zusammen zu sitzen; aber der Euxum und der Arbeiterschaft wegen ist es notwendig. Was das Verhalten der Genossen fern wie es will, wir sind eine selbständige Organisation und brauchen sie nicht und werden auch unsere Forderungen selber zu vertreten wissen. Nach der Diskussion, die im Sinne unserer Sache geführt wurde, fand folgende Resolution mit allen gegen 7 Stimmen Annahme:

Die heute im Cafe-Restaurant tagende gut besuchte öffentliche Schneiderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und

verurteilt die uneheliche Kampfmethode der freien Gewerkschaften. Das Widerstreichen der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe, die sich in heftigsten und härtesten Formwärten dem christlichen Bunde gegenüber ergeben, bekräftigt die Verleumdung als eine feige, zumal man freie Diskussion in ihrer Verhüllung trotz Zufriedenheit nicht zuließ und die dem christlichen Gewerkschaften auferlegte, das Wort zu verlieren. Die Verleumdung erfolgt bei der bevorstehenden Wahlbewegung ungeachtet der feindseligen Stellung der gewerkschaftlichen Verbände selbständig und mit Wutdruck ihre Forderungen zu verwerfen. Die Parteien soll in den nächsten Wochen in erhöhtem Maße benannt werden, um so nachdrücklicher für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten zu können."

Nach einem kurzen Schlusswort schloß Herr Sandmeier die am verlaufene Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf unseren Verband.

Überfeld-Parolen. Wir sind gewarnt, so können wir mit Rücksicht des vergangenen Jahres berichten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren für uns zwar nicht die besten und doch gute Fortschritte in der Organisations. Das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft. An unerwarteter Ausdauer in der Organisationsarbeit haben wir es nicht fehlen lassen und in der Tat war das vergangene Jahr ein arbeitsreiches für die zahlreichen Überfeld- und Parolen. Die Beschäftigung der Kollegen war in der Maßschneiderei günstiger wie in der Konfektionsbranche, die teilweise sehr wenig Beschäftigung für die Arbeiter brachte. Der Geschäftsgang in der Maßschneiderei war in den letzten Monaten einigermaßen günstiger. Die wertvolle Mitgliedszunahme betrug einschließlich 3. Quartal 1912 rund 50 und der Mehrerwerb an Beitragsmitgliedern gegenüber dem Jahre 1911 rund 2200. Diesen Fortschritt verdanken wir allein dem im letzten Jahre gut ausgeübten Vertrauensministerium.

Neben der Agitation brachten uns die sozialen Wahlen eine ihmunge Arbeit. Aber auch die Erfolge waren auf unserer Seite. Gestalt des Wuppertal bis heute als eine Forderung des „freien“ Schneiderverbandes, so haben die Wahlen gezeigt, daß dieses nicht so ist. Der erste Erfolg war bei der Gesellschaftsauswahl in Form von vierzig Personen, wo unsere Kandidaten gegenüber denen des „freien“ Verbandes gewählt wurden. Es folgten dann die Krankenkassenwahlen, die sehr günstig für uns ausfielen. Bei der Wahl der Vertreter zur Christenkauffe Überfeld, Abstellung Kleidermacherwerke, wurden 933 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf unsere Liste 475 Stimmen, auf die Liste des „freien“ Verbandes 498 und die Liste des S. D. Gewerbetreibenden 44 Stimmen. Bei der Wahl der Vertreter zur Innungsstraßenkasse in Überfeld erhielt unsere Liste 170 Stimmen und die des „freien“ Verbandes 140. Eine starke Mehrheit der Stimmen wurde bei der Innungsstraßenkassenwahl in Form von vierzig Personen, während auf unsere Liste 145 Stimmen fielen, brachten die „Freien“ nur 55 Stimmen auf. An der Gesellschaftsauswahl in Überfeld beteiligten sich die „Freien“ nicht und wurden somit die Kandidaten unseres Verbandes einstimmig gewählt. Die Wahl der Vertreter zum Innungsschiedsgericht in Form von einem Sieg des „freien“ Verbandes. Unsere Kandidaten lieferten um 11 Stimmen zurück, doch freizogen wir unsere Stimmen im Vergleich mit der Wahl vor zwei Jahren um 28 Stimmen.

All diese Erfolge waren nur möglich, indem wir alle Kräfte in den Dienst der guten Sache stellten. Wir freuten uns der Erfolge und der erlangten Siege, aber damit darf es nicht genug sein. Galtig wäre es, auf unsere Stärke vermehrte Hoffnungen zu setzen. Es muß weitergearbeitet werden zu noch größeren Erfolgen. Haben wir an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner im vergangenen Jahre große Anforderungen gestellt, so werden wir dieses auch in diesem Jahre tun müssen. Die Mitglieder können den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten für ihre Arbeiten am besten danken, indem sie diese Arbeiten in richtiger Weise würdigen.

Rundschau.

Der Kölner Gewerkschaftsprozess beschäftigt noch andauernd die öffentliche Diskussion, ein Beweis, welche Bedeutung dieser Angelegenheit allseitig beigegeben wird. In der Berichterstattung über den Prozess wie in den nachfolgenden Vorträgen sind, zumal in der gewerkschaftlichen Presse, manche Unrichtigkeiten und fälschliche Darstellungen unterlaufen, die im einzelnen nicht alle richtig gestellt werden könnten, wenn das klare Ergebnis des Prozesses nicht vermieden werden sollte. Ein wahrheitsgetreuer, eingehender Bericht über die Vorgeschichte, die vorläufige Gerichtsverhandlung und die Begleiterscheinungen des Prozesses ist jetzt vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften herausgegeben unter dem Titel: „Der Kölner Gewerkschaftsprozess. Die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften in gerichtlicher Beleuchtung.“ (Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Vondermoor 9). Die 178 Seiten umfassende Schrift zerfällt in folgende Hauptabschnitte: Herkunft, Einleitung, Die Anlage, Der Arbeitsnachweis, Die Jugendwernechtung, Die Klagen der Rechtsanwältin. Das Urteil. Der Prozess im Urteil der Presse. — Diese Schrift erscheint in zwei verschiedenen Ausgaben: eine Ausgabe für Massenverbreitung, Preis 0,20 Mk. für die Mitglieder der christlichen Organisationen, und eine Ausgabe für den Buchhandel in besserer Ausstattung, Preis 1 Mk. einschließlich Porto. Bestellungen sind an die Zentralstelle unseres Verbandes zu richten. Die Prospektur muß nicht nur in die Hände aller Kollegen und Kolleginnen kommen, sondern auch über den Kreis unserer Bewegung hinaus eine möglichst weite Verbreitung finden. Auf diese Weise kann das Resultat des auffahrender Prozess, der den Gegnern der christlichen Arbeiterbewegung eine vernichtende Niederlage, den christlichen Gewerkschaften aber einen großen Erfolg und eine glänzende Rechtfertigung brachte, in den weitesten Volksteilen bekannt gemacht werden. Die Ortsgruppenleitungen werden ersucht, den Vertrieb der Prospektur fleißigst zu organisieren.

Auswärtige Ansichten über die christlichen Gewerkschaften. Waren die christlichen Gewerkschaften schon bei uns in Deutschland einer sehr verschiednenartigen Beurteilung unterworfen, so ist das im Ausland in einem noch größerem Maße der Fall. Besonders in England und in Amerika sind bisher ganz falsche Anschauungen über unsere Bewegung verbreitet worden. Das ist in der Hauptsache auf die wahrheitswidrige Darstellung und tendenziöse Literatur der deutschen Sozialdemokratie zurückzuführen. Auf Grund ihrer internationalen Verbindungen hat sich die Sozialdemokratie viel Zahlen bemüht, die christlichen Gewerkschaften Deutschlands im Ausland zu verächtigen, sie als unfähig und Schädlinge der Arbeiterbewegung hinzustellen. Im vergangenen Jahre noch ist eine von dem Genossen Dr. Erdmann verfaßte Tendenzschrift, die sich in der bekannten wählstüblichen Art gegen die christlichen Ge-

werkschaften richtet, in England und Amerika massenweise zur Verbreitung gelangt.

Seitens der christlichen Gewerkschaften ist auf diese jahrelange Verleumdungsliteratur mit einer fleißigsten Aufklärungsarbeit in der letzten Zeit eingetreten worden. So ist auch gegen die Erdmannsche Tendenzschrift eine Gegenproklamation vom Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften herausgegeben und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika verbreitet worden. Auch in der amerikanischen Presse, soweit sie der christlichen Weltanschauung nicht abhold, wurde die Wahrheit über die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland den dortigen Lesern zur Kenntnis gebracht. Die Wirkungen dieser Aufklärungsarbeit gegen sich schon allmählich. Auf dem letzten Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften erzielte der Delegierte Herr Ellis einen Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung und erwähnte dabei auch die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, wobei er u. a. ausführt:

„Die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften in einem gewissen Umfang dem Sozialismus ausgesetzt waren und noch sind und gegen die Kirche Stellung nehmen, gibt jenen Sondergewerkschaften und Gewerkschaften eine gewisse Rechtfertigung, sich in dieser Weise zu organisieren.“

Auf diese Verleumdungen des Berichterstatters verfiel dann auf demselben Kongreß der lutherische Bischof John F. Carol (Montana) in einer vielbeachteten Ansprache zurück und führte folgendes dazu aus:

„Ich hoffe, der Tag kommt nie, daß es nötig sein wird, so die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten in der Legation zu trennen. Es würde sowohl anamerikanisch als auch antreligiös sein, das zu versuchen. Unser Staatswesen ist auf dem Grunde aufgebaut worden, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, und im Recht an Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. Dieser Kongreß soll weder eine religiöse Keilung vornehmen, noch die freie Religionsübung hindern. Der Geist unserer Staatsverfassung gibt allen Religionsbekenntnissen volle Freiheit. Amerika ist religiös und wünscht, daß religiöse Grundzüge die Geister und Herzen unseres Volkes durchdringen. Warum also sollte innerhalb unserer Gewerkschaften etwas gefahren, was nach religiöser Richtung hin Trennung bringen würde? So etwas ist nicht amerikanisch und sollte die Verurteilung der „American Federation of Labor“ finden.“

Tiefe Kundgebungen auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongreß sind Anzeichen für die freien Gewerkschaften in Deutschland. Die haben durch ihre revolutionäre und religionsfeindlichen Tendenzen den Keil in die deutschen Gewerkschaften hineingetrieben. Auf Grund ihrer Stellungnahme zur Kirche wie zum Staat stehen die amerikanischen Gewerkschaften zweifellos den christlich-nationalen Gewerkschaften viel näher als wie den sozialdemokratischen und wenn die Amerikaner konsequent wären, müßten sie viel eher mit uns ein internationales Kartell abschließen als wie mit den sozialistischen Truppen.

Vertrauensgenossen Vergehen gegen die Arbeiterkassen. Seit Jahr und Tag wird in der Öffentlichkeit lebhaft Klage darüber geführt, daß die Vergehen gegen den Arbeiterkassen zu milde bestraft würden. Auch im letzten Jahre schied alles kein altes geliebtes zu sein. Nach den jetzt sämtlich vorliegenden Jahresberichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1912 bezieht sich für das gesamte Deutsche Reich die Zahl der gegen den Arbeiterkassen im Jahre 1911 verurteilten Personen auf 21.779 gegen 21.211 im Vorjahre. Nur einige Bundesstaaten stellen sich die Zahlen folgendermaßen: für Preußen 18.254 Personen, Sachsen 2909, Hamburg 1580, Bayern 1130, Württemberg 1180, Baden 1082 Personen. Die Strafen der in der Lebenszeit niedrigergehenden verurteilten Personen zerfallen in Verweise, Geld-, Haft- und Gefängnisstrafen, 28 80% (gegen 24 20% i. V.) waren Geldstrafen und die meisten, 11 861, waren Strafen von 3 bis 10 Mark, während 1183 aus Strafen von 10 bis 20 Mark bestanden. 21 Strafen waren Haftstrafen gegen 18 im Vorjahre. 23 waren Gefängnisstrafen, fast doppelt soviel als im Jahre 1910 (23). In Bremerhaven sind 49 (35) gefaßt worden. Die Gefängnisstrafen bezogen sich sämtlich auf Vergehen gegen die Arbeiterkassen.

Die Strafen von 3 bis 10 Mark bei Lebensverurteilungen gegen die Arbeiterkassenbestimmungen angesehen der durch die selben erzielten wirtschaftlichen Vorteile als solche für gewöhnlich nicht empfinden werden, bedarf wohl kaum eines eingehenden Nachweises.

Verabsäumung der Volkrente. Ein Schneiderkämpfer hatte sich im Alter von 15 Jahren die rechte Hand an der Maschine schwer verletzt, er bezog für die Folgen dieses Betriebsunfalls von der zuständigen Versicherungsanstalt zuletzt eine Rente von 60 Prozent der nur 300 Mk. betragenden Volkrente. Der Verletzte hatte den Verfall gemeldet, war inzwischen 27 Jahre alt geworden und verdiente als Expedient monatlich 90 Mk. Unter der Geltung des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes hatte die Versicherungsanstalt beantragt, die Rente auf 45 Prozent der Volkrente herabzusetzen. Sie führte diesen Antrag auf ein ärztliches Gutachten, daß eine wesentliche Besserung in dem Zustande der rechten Hand feststellte. — Eine Sprachkammer des Oberverwaltungsamtes hatte wohl eine wesentliche Besserung in dem Zustande anerkannt, trotzdem aber die Detabehung der Rente abgelehnt, weil die der Verletzte zugrunde liegende Volkrente sehr niedrig sei. Das Reichsversicherungsamt hat auf Beruf der Versicherungsanstalt die Rente auf 45 Prozent herabgesetzt. In der Begründung ist ausgeführt worden: Wenn das Oberverwaltungsamt es trotzdem bei der bisherigen Rente von 60 vom Hundert aus dem Grunde belassen hat, weil bei dem in sehr jungen Jahren verunglückten Verletzten der Berechnung der Rente ein sehr niedriger Jahresarbeitsverdienst zugrunde zu legen sei, so beruht dies auf einer Verkennung des Gesetzes. Sowohl nach dem Unfallversicherungsgebot von 1884 und 1900 wie auch nach der Reichsversicherungsordnung betrifft die Rente in demjenigen Teile der Volkrente, die dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Der Bruchteil ist also lediglich nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit unabhängig von der gabelmäßigen Höhe der Volkrente, die ihrerseits zwei Drittel des nach bestimmten, gesetzlich festgelegten Grundlöhnen zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes ausmacht, zu bemessen. Unzulässig ist danach, diesen Bruchteil mit Rücksicht auf den größeren oder geringeren Betrag der Volkrente verschieden anzunehmen. Die Verschiederheiten, die hierdurch zwischen den einzelnen Renten entstehen, gleichen sich für die Versicherungsanstalt dadurch aus, daß den Renten, die, wie bei den in jungen Jahren Verletzten, dauernd nach einem verhältnismäßig geringen Jahresarbeitsverdienste zu berechnen sind, andere Renten gegenüberstellen, für die trotz des Alters des Verletzten dauernd ein Jahresarbeitsverdienst maßgebend bleibt, wie er ihn in seinen besten Jahren erzielt hat. Zu einem Ausgleich der Unbilligkeit, die sich gegenüber dem einzelnen Verletzten daraus ergeben kann, bietet das Gesetz nach seinen klaren Vorschriften keine Anbahnung.

Verletzung von oben. Die Unternehmerpreise macht der sozialdemokratischen Agitation nicht mit Unrecht zum Vorwurf, daß es ihr in der Hauptsache darauf ankomme, die Massen zu verhetzen und den Wollfänger zu fähren. Diese Falsch der Verhetzung findet sich aber nicht allein in sozialdemokratischen Blättern, man kann sie leider auch hier und da in den Organen der Internernehmer antreffen. Einen neuen Beweis dafür liefert die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, Nr. 29, 1912 in einem Artikel: „Richtig über Heberzeugung“. Ein Melodrama in einem Akt. „Der wird in einem Dialog mit verschiedenen Arbeitervertretern dargestellt, wie ein Gewerkschaftsführer mit 11 Streikenden einen Arbeitswilligen namens Schmidt überredet; in Wirklichkeit terrorisieren und brutal mit händeln.“ Wie dem armen Arbeitswilligen da mitgespielt wurde, geht aus folgenden Redenbemerkungen in dem Dialog hervor: „Sieht ihm gradab in die Augen — tritt ihm auf die Sohlen — tritt ihm auf die Ohren — tritt ihm verächtlich in die Rippen angriffen ist der Arbeitswillige niederkniet — nicht anständig mit dem Fuß gegen den Kopf des Gegners.“ — Der Wollfänger der Streikenden verhöhnt dann den verachteten Teilgenossen und sagt: „Das werde ich ebenfalls, wir lassen ihn ruhig liegen. Seine Arme wird ihm hereinholen.“ Und dieses sagen, „Melodrama“ schließt mit dem Satze: „Alle ab, mit Ausnahme von Schmidt, der halbtot auf dem Boden liegt.“

Dieses traurige, verhetzende Nachwerk wird vom Organ der Internernehmer mit folgendem Kommentar eingeleitet: „Der Artikel dürfte gerade jetzt, wo der verachtete Schuld der Arbeitswilligen von allen jenen gefordert wird, die im praktischen Leben leben und nicht gewohnt sind, alles durch die Brille des Kathedrozialismus zu betrachten, des Interesses wert sein.“ Gegen eine derartige Stimmungsmache in Sachen des Arbeitswilligenstandes soll nicht schon genug Protest erhoben werden. Das vorliegende „Melodrama“, das selbstverständlich von der roten Presse mit Wohlwollen abgedruckt wurde, gibt ein tendenziöses Zerrbild der Gewerkschaftsbewegung, ist weiter nichts als eine große Verleumdung der organisierten Arbeiter. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß Auswüchse des Koalitionsrechtes vorkommen, aber eine solche Höhe der Verleumdung, wie sie in dem vorstehenden Nachwerk dem organisierten Arbeitern angedichtet wird, wird man in der deutschen Arbeiterkassen nicht finden. Wenn die Internernehmerpreise mit solchen anrüchlichen Mitteln den Kampf gegen die Gewerkschaft führt, dann hat sie das Recht verliert, der Sozialdemokratie Verheißung und Stärkung der Mißjahregegnen zum Vorwurf zu machen.

Großkapitalismus und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie spielt sich als unerschütterlichen Feind des Kapitalismus auf. Alle diejenigen, die den „schändlichen Kammer“ in großen Höhen besitzen, werden von ihr leidenschaftlich bekämpft. Doch hat! Auch hier gibt es Ausnahmen. Solche Ausnahmen macht die „prinzipientreue“ Sozialdemokratie bei solchen Kapitalisten, die der Hauptzweck von ihrem Heberwerb etwas mitgeben. Ein solches Beispiel dafür aus letzter Zeit: Der millionenreiche Großindustrielle Genit Soltau, wohnhaft in Preußisch, hat der Sozialdemokratie schon häufiger größere Geldsummen abgemacht. Kürzlich hat er der sozialdemokratischen Partei wieder eine Million Markes für Erziehungs- und Bildungszwecke“ geschenkt. Der jetzige Millionär Ernst Soltau war mit 25 Jahren nach ein armer Schüler, ein Angehender mit einem bescheidenem Gehalt. Heute ist er ein Kapitalist, der mit den Millionen nur so herumwerfen kann. Das ist er — nach der sonst üblichen sozialdemokratischen Auslegung — doch nur durch den Schwitz seiner Arbeiter geworden.

Während die Sozialdemokratie nun sonst solche kapitalistischen Emporkömmlinge mit fanatischem Hock bekämpft, „Ausbeuter“, „Mittläufer“ usw. bekämpft, wird Ernst Soltau aber von ihm mit dem Vorwort gefordert: „Industrieller von Welt und glücklicher Geschäftsmann, großer Gesehler, ... und aber dem Gehehen Soltau steht als einer der ganz Großen in der Menschheit der rohe Menschenfreund Soltau, der einen erheblichen Teil seines ungeheuren Vermögens der Arbeiterklasse für ihren Befreiungskampf zur Verfügung stellt.“ — Wörtlich wird der Großkapitalist Soltau in der sozialdemokratischen Presse in a. Rheinische Zeitung, Köln, Nr. 1, 1911) beweihräudert und verherrlicht. Ein schmuckvoller, widerwärtiger Tanz um das goldene Kalb. Somit hat die Sozialdemokratie für emporkömmlernde Großkapitalisten nur Schimpf und Schandwort wie Mittläufer, Ausbeuter, Menschenschänder usw. Gibt ein solcher Mann von seinem Heberwerb der Sozialdemokratie jährlich ein Millionen, so wird aus dem „Mittläufer“ sofort ein großer „Menschentfreund“.

Das Schicksal Herzhäusers. In der Tagespresse ist folgende Notiz zu lesen:

Der bekannte Gewerkschaftsführer L. Herzhäuser ist von einem tragischen Geschick ereilt worden. Herzhäuser arbeitete in Mabelzell als Schriftföhrer. Mit der Frau seines Chefs begann er ein Liebesverhältnis und begab sich mit ihr nach Immenstadt, wo er einen mehrwöchigen Aufenthalt nahm. Von Immenstadt aus zog er nach Fronten, wo er ca. 14 Tage im Gasthose „Alder“ wohnte. Von dort ging er nach Fronten Berg, wo er im Gasthose „Zum Engel“ abblug. Dort reiste allein Ansehen nach in dem Paar der Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Nachdem bereits die Nacht herangebrochen war, machten sie sich auf den Abstieg. Sie ließen sich auf einer Bank nieder, und nahmen eine Portion Opium, um sich das Leben zu nehmen, welche aber aufkeimend nicht stark genug war, da sie später wieder ermodeten. Sie begaben sich dann gänzlich erschöpft in ihr Quartier zurück. Weiden sind die Reine erkranken, sodas sie abgenommen werden mußten. So werden frühere sozialdemokratische Führer ihrem Schicksal überlassen.

Adressänderung.

Göbeln, Wollfänger Red. L. d. Wollfänger nach Göbeln, 1912, 11. 11. 1912, 11. 11. 1912.

Inhalt: Inhalt: — Christlich-National, — Redenschäft geben. — Ueber Sozialpolitik, — Deutsches Wirtschaftswörterbuch 1913. — Sandwert und Tarifverträge. — Fortschritt auf dem Gebiet der Lohnämter. — Ein christliches Gewerkschaft. — Neue Forderungen der Christlichen und Jahresarbeitsverdienstlöhne. — Lohnbewegungen und Differenzen. — Verbandsnachrichten. — Aus den Zählstellen: Preußen, Überfeld-Parolen. — Rundschau: Der Kölner Gewerkschaftsprozess. — Auswärtige Ansichten über die christlichen Gewerkschaften. — Beiträgen wegen Vergehen gegen den Arbeiterkassen. — Herabsetzung der Volkrente. — Verheißung von oben. — Großkapitalismus und Sozialdemokratie. — Das Schicksal Herzhäusers. — Inzerate.

Die besten Erfolge

erzielen Sie durch das neue Werk

Die Fachwissenschaft der Damenschneiderei

zum **Selbstunterricht** bearbeitet. System äußerst leicht u. garantiert tadellose Passform. Sämtliche Zeichnungen stehen im Text. Preis **Mk. 12.-** gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages zu beziehen durch die

Deutsche Schneider-Lehranstalt zu Leipzig
Direktor **Budde**, Peterssteinweg 10.

Wer grau ist, sieht alt aus!
Bestes Haar- und Bartfärbemittel ist **Bitter's Haar-Haarfarbe**
1 Flac. à 1 Mk.
Wem esht von:
Fr. Bittel & Co., Prag.
Überall zu haben.
Verhandl. für Deutschland:
Vindena Apotheke Leipzig.
Zu haben in Berlin bei
Franz Schwarzlose,
Leipzigerstr. 58.

Reitbefähleder
in **Sämisch u. Chrom-Ziegenleder Schwarz u. selbgrau** empfiehlt billigt
Andreas Bauer
Reithgerbermeister,
Rosenheim i. Oberbay.
Schneider-Bügelösen fertigen als Spezial, schon von 26 Mk. an. Bügelösen von 2 Mk. an. Spar-Wasbügelösen billigt. Prospekt gratis.
Gedräder Bettlinger
Freiburg i. B.

Spiritus-Hängelicht
MARLA
3 mal so billig wie Petroleumlicht
Probelampe ohne Kaufzwang
Gebr. Lauterbach
Berlin S. O. 398,
Oranienstr. 183

Futterstoffe und Zutaten
liefert jedes Quantum franco gegen Nachnahme.
Bei **Etablierung** günstige Bedingungen.
Bernhard Schlund,
Leipzig, Markt 10.

Für Theater Schneider!
bietet sich eine günstige Gelegenheit zur bill. Erwerbung eines **Theater- u. Moden-Garderoben-Geschäftes** mit nachweisl. gut. Umsatz in H. Reichs- u. Thüringens. Kl. Geschäftshaus (Mk. 7500) kann ev. mit erworben werden. Frau **Christ. Wiede, Sonderebauern,**
Schöfferstr. 7.

Suche für mein Maßgeschäft sofort oder später einen älteren soliden Schneidergesellen, der die Handerei und Handarbeit m. beforat. Lohn nach Leistung. Lebensstellung.
Fritz Wid, Schneidermeister,
Gewelberg i. Weitz.

Private
Moden-Akademie
der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.
• **Erstklassige Zuschneide-Unterrichts-Anstalt.** •
Beste Ausbildung für
Schneidermeister, Zuschneider, und Direktrinnen.
Bestes und sicherstes System der Gegenwart.
Haupt-Kurse beginnen am 1. und 16. eines jeden Monats.
Lehrer zahlreicher Innungen und Gewerkschafts-Kurse.
Verlag von Lehrbüchern und Fachzeitschrift.
Anerkannt erfolgreichster Stellennachweis.
Stets Nachfrage nach Zuschneidern und Direktrinnen, welche auf unserer Schule ausgebildet sind. Mitglieder des Verbandes christl. Schneider erhalten Rabatt.
Prospekt gratis durch die Geschäftsstelle
Köln a. Rh. Neumarkt 27-29. Möbelhaus Neumarkt.



Unsere
Neuen Lehrbücher
vollständig neu bearbeitet für die gesamte Herrengarderobe nebst Uniformen, sowie für Damengarderobe bedeutend vervollkommen zum Selbstunterricht, sind erschienen im Verlag der
Ersten deutschen
Zuschneider-Vereins-Schule München
Maffeistrasse 9/III.
Unterrichtskurse beginnen am 1. und 16. jeden Monats. :: Prospekt auf Wunsch kostenlos.
Die Direktion.

Hirsch'sche
Schneider-Akademie
Berlin, Rothes Schloss 2.
Prämiert Dresden 1874. — Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879.
Goldene Medaille Frankreich 1887. — Goldene Medaille England 1887.
Größte, älteste und besuchteste Fachlehranstalt der Welt.
Gegründet 1859. — Über 38000 Schüler ausgebildet. Tages- und Abendkurse von 20 Mark an. Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Skizzenzeichnen, Hande swissenschaft. Stellensuchenden kostenlose Empfehlung. **Prospekte gratis.** Seit 1895 Inhaber **Graunmeyer & Co.**

Internationale Damen-Moden-Akademie
Dir.: A. & B. Egg,
München, Schellingstr. 39
Spezialschule für Damengarderobe
Akademische Hauptkurse über modernen Zuschnitt und Anprobe. Beginn am 1. und 16. jeden Monats.
Bearbeitungskurse, separate Lehrsäle, Schnellkurse, Eintritt jederzeit. Stellenvermittlung unentgeltlich.

Zur Zeit einfachstes und leichtfasslichstes System.
Das **Lehr-Buch** zum Selbstunterricht **Preis nur Mk. 16.-**
Neu: Das Massbuch. (196 Seiten stark) Preis M. 1.50. 3 Stück M. 4.-
Fach-Zeitschrift. * **Damen-Moden-Journale.**
Das **Diplom**, großartig künstlerisch ausgeführt M. 3.-.
(Nur für Schülerinnen und Schüler.)
Probenummer, Prospekt, Inhaltsverzeichnis gratis und franko.

F. A. Mayer's Akademie **Dresden.**
Johann Georgen-Allee No. 11
verbunden mit erstklassigem Massgeschäft und Werkstatt.
Kurse im Zuschnitt der Herren- und Damengarderobe „Tailor made“.
Fertige Normalschnitte für Herren- und Damengarderoben.
Schnitte nach Maß.
Man verlange Prospekt 1914.
Bücher zum Selbstunterricht. :: Brieflicher Unterricht.

Ehre ihrem Andenken.
Am 13. Januar 1914 verschied nach längerem Leiden unser Verbandsmitglied, Kollege
Johann Meyer
im Alter von 82 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die **Stiftung des Nordens (Östpr.)**

Arbeiter, welcher ein Herrenfacto mitmachen kann, findet sofort auf
Damenstoffmode
Dauerstellung.
Gustav Reiff,
Offenburg i. B., Hauptstr. 57.

F. Zwicky Wallisellen bei Zürich
liefert bekanntlich das Beste in
Realen und Schappe
Näh-Knopfloch- und Maschinen-Seiden.
Alle Aufmachungen.

Wer einen Zuschneidekursus durchmachen will, lasse sich den Prospekt über
Tessmanns Universalschnitt
kommen. **Paul Tessmann, Leipzig, Inselfstr. 10.**

Erstklassiges Zuschneide-Lehrinstitut
für H. Herren- und Damenmoden.
Inh.: **Augustin Winkler** ehem. langjähr. Lehrer der Akademie Rudolf Mauer, Berlin.
Breslau I Ohlauerstrasse 84 II,
Eing.: Schuhbrücke.
Neue Zuschneidekurse beginnen am 1. und 15. jeden Monats.
Gründlichste, gewissenhafteste Ausbildung zum Zuschneider, Meister und Direktrice. Vorbereitung zur Meisterprüfung.
Neben meinem Lehrinstitut betreibe ich gleichzeitig ein Atelier zur Anterlegung erstklassiger Herren- und Damengarderoben und biete Jährer für die Sicherheit meines Systems die beste Gewähr.
Kostenloser Stellennachweis, Schnittmuster-Versand. Prospekt gratis und franko.

Bekleidungs-Akademie
des Zuschneider-Vereins Frankfurt a. M. (2) Zeil 63.
Beste Ausbildung im Zuschnitt für Herren- u. Damengarderoben
nach unserem bewährten System
als **Meister, Zuschneider und Directrice.**
Beginn der Kurse jederzeit, bei vorheriger Anmeldung.
Lehrbücher zum Selbstunterricht
für Herrengarderoben (neue Auflage) 20 Mark
„ Damengarderoben „ „ „ 14 „
Lehrplan unentgeltlich. Schnittmuster-Versand.

Deutsche Bekleidungs-Akademie
Direktion: **M. Müller & Sohn** **München** Schellingstraße 39/41
Telephon 118 und 119
Lehranstalt für Zuschneidekunst
A) **Vollkursus**, Dauer 4 Wochen. Honorar incl. allem Zubehör M. 120.-
B) **Schnellkursus**, Dauer 2 Wochen, für Fachleute, die bereits weiter vorgeschritten sind. Honorar M. 75.-
C) **Repetitions- und Vervollkommnungskurse** wöchentlich M. 30.-
Beginn der Kurse am 1. und 15. jeden Monats sowie am Montag jeder Woche.
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse unseren Prospekt gratis und franko. — In unserem Verlage erschienen: Lehrbuch der Zuschneidekunst (IV. Auflage) M. 12.-, leicht fäblich geschrieben. Sammlung der Meisterschnitte M. 8.-